



Erwartungen an die neue Landesregierung



Jörg
Bruchmüller

In diesen Tagen wird eine neue Landesregierung die Verantwortung übernehmen oder die bisherige Landesregierung wird die Geschäfte weiterführen.

Wie auch immer: Die Erwartungen der Kolleginnen und Kollegen der hessischen Polizei sind nach dieser besonderen Landtagswahl sehr hoch.

Wir erinnern uns: Am 15. 5. 2007 hat die hessische Landesregierung mit Zustimmung des Beamtenbundes (DPolG) zunächst ein Besoldungs- und später ein Tarifikat von mageren 2,4 Prozent für dieses Jahr verordnet. Losgelöst von der Tatsache, dass die Tarifautonomie von der Landesregierung Koch außer Kraft gesetzt worden ist (bisher einmaliger Vorgang seit Bestehen der Bundesrepublik), wird immer deutlicher, dass diese „großzügige“ Erhöhung im Bundesvergleich ein Almosen darstellt. Die aktuellen Tarifrunden auf Bundes- und Kommunalebene sowie die Ergebnisse der Tarifgemeinschaft der Länder signalisieren deutlich bessere Abschlüsse. Auch deswegen hat die Landesregierung über 12 Prozent an Wählerstimmen verloren.

Daher erwarten wir vom hessischen Landtag, dass das Land Hessen schnellstmöglich in die Tarifgemeinschaft der Länder eintritt. Die Teilhabe am erarbeiteten Wohlstand darf den Polizeibeschäftigten in Hessen nicht vorenthalten werden. Bund und Kommunen werden bei den bevorstehenden Abschlüssen wegweisend sein. Bemerkenswert ist, dass die gleichen „gewerkschaftlichen Unterhändler“ des Beamtenbundes Hessen nunmehr eine Forderung von 8 Prozent reklamieren, nachdem sie noch vor Wochen 2,4 Prozent Tarif- und Gehaltserhöhung versuchten zu rechtfertigen.

Die DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Hessen haben immer klaren Kurs bewiesen und sich nicht instrumentalisieren lassen.

Unsere Forderungen waren stets unabhängig vom politischen Landesklima:

Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder und nicht mehr als 40 Stunden Wochenarbeitszeit für alle Polizeibeschäftigten sowie Abbau von über zwei Millionen Überstunden gilt vor und nach der Landtagswahl!

Die GdP fordert, dass alle frei werden Stellen in der kommenden Legislaturperiode besetzt und darüber hinaus mindestens 1000 neue Stellen geschaffen werden, um den Anforderungen im täglichen Dienst und bei Großeinsätzen gerecht zu werden.

Wir wollen eine sachgerechte Besetzung aller Polizeistellen. Das bedeutet auch, dass Polizeiarbeit durch qualifizierte Polizeibeamtinnen und -beamte und Verwaltungsarbeit durch Verwaltungsbeamte bzw. ausreichend Tarifbeschäftigte wahrgenommen wird.

25 Jahre Schichtdienst sind genug und für Schichtdienstler muss definitiv mit 60 Jahren Schluss sein.

Seit neun Jahren warten wir auf eine landeseinheitliche Dienstpostenbewertung und eine realistische Stellenstruktur im gehobenen und höheren Dienst, die klare und vor allem verbindliche Perspektiven schafft. Wo Polizeidirektion drauf steht, muss auch ein Polizeidirektor das Amt ausüben. Stations-, Revier- und Kommissariatsleiter müssen mindestens nach A 13 und DGL/EGl mindestens nach A 11/12 bezahlt werden.

Und schließlich ist es dringend notwendig, dass sich die Führungskultur innerhalb der hessischen Polizei deutlich verbessert. Um an das Gold in den Köpfen unserer Beschäftigten zu gelangen, bedarf es eines gemeinsamen Leitbildes; achtungsvoller Umgang und gegenseitiger Respekt sind unverzichtbar. Engagement und Spaß an der Arbeit schließen sich nicht aus. **Im Gegenteil!** Sich mit seiner „Firma“ zu identifizieren und gleichermaßen kameradschaftlichen Umgang untereinander zu leben, ist elementare Grundvoraussetzung für eine bestmögliche Dienstleistung. Hoffen wir das Beste.

Jörg Bruchmüller



Erfolgsgarant: **Solidarität**

Solidarität bezeichnet praktiziertes Zusammengehörigkeitsbewusstsein, die Verbundenheit von Individuen und Gruppen zur gegenseitigen Unterstützung und Hilfe – vorwiegend in existenziellen Angelegenheiten. Bedauerlicherweise ist das **Solidaritätsgefühl** selbst in Kollegenkreisen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Ignoranten genügt es, andere für eigene Bedürfnisse zahlen und streiten zu lassen. Elitebewusste bevorzugen die Zugehörigkeit zu einer Beamten- oder Spartenorganisation. Garanten für die innere Sicherheit sind **eine** Leistungs- und Schicksalsgemeinschaft. Nur „**Einigkeit macht stark**“. Polizeibedienstete sind und bleiben daher mehrheitlich GdP-Mitglieder. Deshalb wenden sich auch Medien und Politiker bei Polizeithemen fast ausschließlich an die **Gewerkschaft der Polizei**. Langwieriges aber erfolgreiches Bemühen der GdP hat der Polizei erheblich verbesserte Berufsbedingungen geschaffen. Polizei genießt heute uneingeschränkte Anerkennung und hohes Sozialprestige.

Allmacht des Kapitals lässt Ohnmacht einzelner deutlich werden. Kapitalmacht beherrscht Medien, Macher, vor allem aber Machtlose. Deshalb werden Abhängige zu **Schicksalsgemeinschaften**. Ihre Bedürfnisse stimmen weitgehend überein. Sie fühlen sich eng verbunden und sind

nur gemeinsam stark. Diese Erkenntnis hat schon im 19. Jahrhundert Selbsthilfegruppen und Schutzvereine entstehen lassen. Industrialisierung wirkte als Geburtsstunde gewerkschaftlicher Organisationen. **Solidarisierungsorganisationen** erstritten menschenwürdige Beschäftigungsbedingungen und gerechtere Leistungsbewertungen. Wer vermeidbare Nachteile nicht kritiklos hinnehmen wollte, sah sich gezwungen, berechnete Bedürfnisse von möglichst starken Berufsorganisationen bei Entscheidungsträgern durchsetzen zu lassen. Diese Entwicklung hat anderer-

ten und der Polizei entsprechend schwierige Aufgaben. Ausgaben für Unterbringung, Ausstattung und Ausbildung stiegen. Der Kostenfaktor Polizei war bei Entscheidungsträgern nicht besonders be-

Verbunden werden auch die Schwachen mächtig.

Schüler, Wilhelm Tell

liebt. Ämterbewertung zum Beispiel ließ Polizeibeamte jahrzehntelang unberücksichtigt. Heute hat der **Solidarisierungsprozess** vorwiegend unter selbst gewählten Störfaktoren zu leiden. Zersplitterung in Standesorganisationen und Verweigerung einer Mitgliedschaft schwächen die Durchsetzungskraft jeder Berufsvertretung.

Wenig schmeichelhaft ist die Einschätzung der Kollegen (?), die keine Berufsvertretung unterstützen wollen, oder als Gewerkschaftsmitglied zunächst alle Erregenschaften voll genießen und nach Erreichen höchster Ämter austreten. Das tun leider auch Rentner und Pensionäre in dem falschen Glauben, ihre Gewerkschaft könne nichts mehr für sie tun. Beitragsgeiz wirkt aber gemeinschafts- und dadurch selbstschädigend. „Eigennützigkeit“ oder „Ichbezogenheit“ beschreibt der Duden als Egoismus. Doch Egoismus wird abwertend als unanständiges und rücksichtsloses Verhalten verstanden. Weder Negativwirkung noch Prädikat sind erstrebenswert.

Solidarität ist die bewusste Bereitschaft, durch Selbstbeschränkung, die Freiheit aller zu mehren; sie kann nicht verordnet, wohl aber muss sie geweckt und motiviert werden.

Willy Brandt, Briefe

seits viele vorwiegend unorganisierte Abhängige in Armut abgleiten lassen. **Solidargemeinschaften** konnten derartige Schicksale weitgehend vermeiden, sogar bessere Berufs- und Lebensbedingungen durchsetzen. Existenz und Förderung von Interessenvertretungen ist für Abhängige geradezu unverzichtbar geworden.

Berufsvertretungsstreben war der Staatsmacht im Kaiserreich suspekt und in den Augen mancher Polizeiführer sogar Hochverrat. Obsolete Hörigkeit scheint bei einigen Zeitgenossen funktions- und parteibezogen – mitunter sogar als vorausseilender Gehorsam – unausrottbar zu sein.

Im Zweiten Weltkrieg war die Polizei (ungewollt!) Teil der Wehrmacht. Nach 1945 fiel es ihr schwer, die geschichtliche Hypothek zu überwinden und sich zu **solidarisieren**. Als Teil der inneren Verwaltung blieb Polizei zunächst „notwendiges Übel“. „Üble Notwendigkeit“ ist sie heute nur noch bei Zeitgenossen, die sie in Notfällen herbeisehnen, aber nach eigenen Rechtsverstößen nicht sehen wollen. Doch ohne Polizei dominierten Faustrecht und Chaos als lauthals beklagter Unsicherheitsgarant.

Demokratie bescherte der Bevölkerung ungewohnte, teils missverständene Freiheit-

Der Mensch für sich allein vermag gar wenig und ist ein verlassener Robinson; nur in der Gemeinschaft mit den anderen ist und vermag er viel.

Arthur Schopenhauer

Niemand kann es jedem recht machen. Auch Gewerkschaftsfunktionären ist es unmöglich, besonders bei personengebundenen und konkurrierenden Interessen. Sich ggf. über eine unerwünschte Entscheidung von Mandatsträgern zu ärgern, ist durchaus verständlich. Doch wer aus „Rache“ austritt, trifft nicht den auf



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2008

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446



MEINE MEINUNG

Zeit gewählten Mandatsträger, sondern die **Solidargemeinschaft** und letztlich sich selbst. **Solidaritätsverweigerung** macht suspekt, sorgt nachhaltig für Distanz und Misstrauen. Abseits stehende Kollegen werden als „Trittbrettfahrer“ tituliert und Vorgesetzte geraten in Verdacht, Dienstherr spielen zu wollen. Aufgekündigte **Solidarität** demotiviert.

Dennoch wurden Fortschritte in allen Existenzbereichen – in den Ländern unterschiedlich ausgeprägt – erreicht. Sicher

wäre manche Regelung rascher durchsetzbar gewesen und noch zu erzielen, wenn sich weniger aktive und ehemalige Polizeibedienstete der **Solidargemeinschaft** uneinsichtig verweigern würden.

Was wäre wohl aus der Polizei geworden, wenn keine Gewerkschaft für die vielschichtigen Interessen ihrer Beschäftigten und ehemaligen Beschäftigten gekämpft hätte? Ihre Situation wäre noch heute bedauerndswert und ihr Ruf desolat. Was dagegen beispielhafte **Solidarität**

bewirken kann, lässt sich in anderen Bereichen, z. B. an erstaunlicher Einigkeit bei Diätenerhöhungen und überzogenen Pensionsregelungen sonst gegnerischer Parlamentarier erkennen. Auch die **Solidarnosc in Polen** und die friedlichen (Montags-)Demonstrationen in der ehemaligen DDR boten grandiose Beispiele für den Erfolg zielgerichteter **Solidarität**. **Solidarität** im Wollen und Tun bleibt unüberwindbarer Erfolgsgarant.

Gerhard Kastl, Mainz-Kastel

BUND/KOMMUNEN: TARIFRUNDE 2008

Ende der Bescheidenheit!

Kundgebung der GdP zur Begleitung der Warnstreiks im öffentlichen Dienst

„Für die Beschäftigten des Bundeskriminalamtes und der Bundespolizei bedeutet diese Tarifrunde die Stunde der politischen Wahrheit“, stellte der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg Ende Februar bei einer Kundgebung der GdP vor dem Bundeskriminalamt in Wiesbaden fest. Tarifbeschäftigte und Polizeibeamte/-innen stünden solidarisch zusammen.

„In dieser Tarifrunde wird sich entscheiden, ob die Anerkennung unserer täglichen Leistungen in der Terrorismusbekämpfung, bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, in der Bewältigung von Großlagen – von der Fußballweltmeisterschaft bis hin zum G8-Gipfel – tatsächlich gewürdigt werden, oder ob das, was uns die Politiker erzählt haben, nur Sonntagsreden und Lippenbekenntnisse sind.“

Weit über 400 Beschäftigte, meist Polizisten/-innen, hatten sich vor dem BKA eingefunden, angereist von Berlin bis zum Saarland, Vertreter der Bundespolizei wie der Länder. Ein starkes Kontingent kam von der hessischen GdP, dem Land, das sich aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgeklinkt hat. Jürgen Vorbeck, Vorsitzender der Kreisgruppe BKA, begrüßte die Kundgebungsteilnehmer/-innen, die mit Fahnen und Transparenten (8 Prozent müssen sein. Wir haben kein Geld in Liechtenstein) angereist waren. „Wir bewegen Herrn Schäuble“, versicherte er. „Er soll ein Angebot machen, das keine Kürzung ist. Er soll Polizeibeschäftigte für gute Arbeit gut bezahlen“.

„Ende der Bescheidenheit: Kohle heißt die Parole“. Mit diesem Motto verdeut-

lichten die Gewerkschafter, um was es ihnen ging, um eine Gehaltserhöhung von 8 Prozent, mindestens 200 Euro pro Mo-

nat. So stand es auch auf vielen Plakaten. Die Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes werden auch für die Arbeiter und Angestellten bei der Bundespolizei und beim BKA geführt, machte Konrad Freiberg in seiner Rede deutlich. Auch wenn sich das Arbeitgeberlager gesplittet habe in Bund und Gemeinden und in die Tarifgemeinschaft der 14 Länder und die separaten Länder Hessen und Berlin, werde die GdP nicht zulassen, dass die Solidarität aller Beschäftigten darunter leidet. „Nur gemeinsam sind wir stark“, rief er unter dem Beifall der Anwesenden. „Wir lassen uns nicht mit 2,5 Prozent in diesem Jahr und 0,4 Prozent im nächsten Jahr abspesen und sollen dafür auch

noch länger arbeiten.“ In dieser Tarifrunde würden die Weichen für die Einkommensentwicklung aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gestellt, auch für die Beamten/-innen. Die Polizei in Deutschland erwarte ein deutliches Zeichen der Politik, dass die Zeit der Nullrunden und der Einkommenseinbußen mit gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit ein Ende habe. „Schluss mit der Bescheidenheit. Kohle heißt die Parole“, war die Devise von Freiberg und die Versammelten unterstrichen sie mit lautem Trillerpfeifen und skandierten „Wir wollen Kohle“.



Plakate bei der Demo vor dem BKA.

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

Die Polizei lasse sich von der Politik nicht mit Mogelpackungen abspesen. Jeder Beschäftigte in der Polizei trage täglich dazu bei, dass Deutschland zu den sichersten Ländern der Welt gehöre. Ohne diese Sicherheit sei wirtschaftlicher Aufschwung nicht denkbar. Deshalb hätten die Beschäftigten ein Recht darauf, an diesem Aufschwung teilzuhaben. Freiberg forderte die Solidarität aller. „Wer heute den Kopf in den Sand steckt, wird bald mit den Zähnen knirschen“, mahnte er die Abseitsstehenden.

verdienten das 200- bis 300-fache eines Facharbeiters, hätten horrend Pensionsansprüche und bekämen selbst beim Versagen irre hohe Abfindungen.

Diese Personen, die sich selbst die Taschen vollmachten, predigten Verzicht, lamentierten in Talkshows, dass die Renten sinken müssten, drückten sich aber vor der eigenen sozialen Verantwortung, prangerte Freiberg die „Eliten“ an. Für ihre Fehlspekulationen stehe der Steuerzahler gerade, wie sich beim jetzigen Bankenskandal zeige. Sie alle seien verantwortlich für die schleichende Zerstörung der Grundlagen dieser Gesellschaft.

Leuten ökonomische Vernunft predigen, die an den Börsen Milliarden verzoeken, ohne die Konsequenzen tragen zu müssen, oder von denen, die ihr Vermögen illegal ins Ausland schaffen“. Im Verhältnis zu dem, was diese Glücksspieler verzoekten, sei Lotto schon fast eine sichere Art der Vermögensbildung. Wenn man ihnen das Handwerk legte, hätte der Staat genug Geld, seine Beschäftigten anständig zu bezahlen und er könnte sogar noch die Steuern senken, rechnete Freiberg vor. Vom Kreißaal in den Hörsaal und dann in den Plenarsaal, solchen Karrierepolitikern fehle die Bodenhaftung. Sie sollten einmal ein Praktikum bei der Polizei machen, empfahl er, dann wüssten sie, wie der Alltag der Bürger aussehe. Das trage zur Persönlichkeitsbildung bei. Dann würden sie mehr Verständnis für die Situation der Beschäftigten und die Belastung des Polizeiberufs aufbringen. „Dann hätten sie die 9,4 Prozent Gehaltserhöhung auch verdient, die sie sich im letzten Jahr gegönnt haben“, meinte Freiberg. Mehr als die 9,4 Prozent der Abgeordneten wolle der öffentliche Dienst auch nicht.

Durch Kürzungen, Streichungen, Erhöhung der Arbeitszeit, steigende Lebenshaltungskosten habe sich in den vergangenen Jahren ein Einkommensverlust von 15 bis 20 Prozent ergeben. Dieser jährliche Reallohnverlust müsse ein Ende haben. „Wir wollen Kohle“, heißt die Parole.

„Wir haben es satt, für diesen Staat den Kopf hinzuhalten und von hinten haut man uns die Füße weg“, rief Freiberg und forderte alle Beschäftigten auf, sich an Warnstreiks zu beteiligen. Man brauche Bargeld statt leerer Worthülsen. Es fehle ein moderner Robin Hood, scherzte Freiberg, ein Innenminister, der sich traue, den Reichen etwas von ihrem Überfluss zu nehmen und den Bedürftigen, den Beschäftigten der Polizei zu geben.

Gemeinsam können wir etwas bewegen, forderte der GdP-Vorsitzende alle Beschäftigten auf, etwas zu tun, sich solidarisch zu zeigen. „Wer nicht handelt, wird behandelt. Wenn es nicht gelingt, deutlich zu machen, dass wir nicht bereit sind, weitere Minusrunden zu akzeptieren, werden die Arbeitgeber auch in der nächsten Verhandlungsrunde kein vernünftiges Angebot vorlegen“, zeigte Freiberg auf.

**„Wir wollen Gerechtigkeit.
Kohle heißt die Parole.“**

Norbert Weinbach



Der Landesbezirk Hessen war zahlreich vertreten.

Fotos: NW

Rekordgewinne in den Unternehmen, Managergehälter, die ins Unermessliche steigen, sprudelnde Steuerquellen, dafür habe auch der öffentliche Dienst Opfer gebracht. Die Realeinkommen seien gesunken, die Kluft zwischen Arm und Reich werde größer, Millionen seien arbeitslos, Menschen hätten Angst um ihre bescheidene Existenz, sähen sich von Ausgrenzung bedroht, jeder neunte Bürger unter 65 sei auf Hartz IV angewiesen, mit einem Regelsatz von 347 Euro im Monat.

Sogar 13 000 Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes erhielten ergänzende „staatliche Transferleistungen“. 1,9 Millionen Kinder seien auf Hartz IV angewiesen, 13,5 Prozent der Bevölkerung gelten als arm, geißelte er die herrschenden Zustände. Die so genannten gesellschaftlichen Eliten des Landes versagten zunehmend, bereicherten sich maß- und verantwortungslos, erzielten Rekordgewinne und entließen Tausende von Arbeitnehmern. Manager von Konzernen

In Talkshows säßen Leute, die 20 000 bis 30 000 Euro im Monat verdienten, die den Werteverfall beklagten und denen die 2000 Euro im Monat einredeten, sie müssten den Gürtel enger schnallen. „Diese Leute untergraben den gesellschaftlichen Konsens“, rief Konrad Freiberg in ein Pfeifkonzert hinein. Der Fisch stinke vom Kopf her, wie sich jetzt wieder in der Liechtenstein-Affäre zeige. 400 Milliarden Euro seien in Steuerparadiesen versteckt.

„Dabei handelt es sich um die gleichen Eliten, die den Staat schlankreden, den öffentlichen Dienst verkleinern und die Polizei reduzieren wollen, damit man ihnen nicht auf die Schliche kommt. Sie verhinderten, dass die Zahl der Steuerfahnder und der Wirtschaftskriminalisten erhöht und die Zahl der Schwerpunktstaatsanwaltschaften aufgestockt werde“, griff Freiberg die Politiker an, die sich von solchen Leuten beraten ließen. „Wir lassen uns nicht von den



DIENSTKRAFTFAHRZEUGE

Arbeitsplatz und Dienstfahrzeuge, das Experiment „Obelix“ und „Asterix“

Die Dienstkraftfahrzeuge in der hessischen Polizei haben in den vergangenen Jahren im Hinblick auf das Alter und die Laufleistung erhebliche Verbesserungen erfahren.

Dabei haben wir uns stets mit der Kategorie PKW befasst. Daneben bestanden und bestehen Spezialbauten für einzelne Tätigkeiten im Polizeidienst.

Im Oktober 2006 hat der HPR nach einem Beschaffungsantrag des Landespolizeipräsidiums erst seine Zustimmung erteilt, nachdem neue Ausstattungsergänzungen zugesagt waren: **Nur noch Kombis oder Van, Radio, Navi in jedem Fahrzeug, LED-Blitzleuchten, verbesserter Ausbau des Kofferraums.**

Mit der damaligen Stellungnahme erging gleichzeitig der Vorschlag, im Rahmen eines Experiments zwei größere Fahrzeuge zu bauen, um eine bis dahin bestehende Lücke zu schließen: Arbeitsplatz und Dienstfahrzeug. Dies nicht streng getrennt nach Tätigkeiten, sondern die Frage war einfach, ob man für Tätigkeiten unserer Kolleginnen und Kollegen ein Fahrzeug ausbauen kann, das immer dann zum Einsatz kommen



„Obelix“ und „Asterix“

soll, wenn über mehrere Stunden, teilweise über den ganzen Tag vor Ort Präsenz erforderlich ist. So zum Beispiel (nicht vollständig):

- nach schweren Verkehrsunfällen,
- im Verkehrsdienst,
- in Befehlsstellen,
- bei größeren Lagen (Brand, Chemieunfall).

Im Ergebnis der Arbeit zwischen LPP 6, dem Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung (PTLV) und Hauptpersonalrat der Polizei (HPR) wurden zwei Fahrzeuge beschafft und speziell ausgebaut.

Zum einen ein DB Sprinter 318, V6, 200 PS, und zum anderen einen DB Vito, extra lang, ebenfalls V6 mit 200 PS.

Mit diesen Fahrzeugen sollten folgende Optimierungen erreicht werden:

- vollwertiger fester Arbeitsplatz mit integrierter IT Technik,
- Raumgewinnung durch Drehsitze Fahrer/Beifahrer,
- Bereitstellung von 220 V innen und außen,
- LED-Blitzlichtbalken vorne und hinten mit Arbeitsscheinwerfern,
- aufklappbares POLVIS zur Verkehrswarnung,
- verbesserte Erkennung durch ergänzende Beklebung,

- verbesserte Erkennung durch zusätzliche LED-Blitze vorne, hinten und seitlich,
- im Sprinter Handwaschbecken,
- ausreichend Stauräume,
- 2/4m-Funk vorne Freisprecheinrichtung, hinten am Arbeitsplatz und
- UMTS-Handy, mit Fax-Gerät (Drucken, Scannen und Kopieren) am Arbeitsplatz.

Beide Fahrzeuge wurden mit allen Extras der Firma DB gekauft, so Radio, Navi, beheizbare Sitze vorne, Rückfahrkamera, Klimaanlage, Xenonlicht, Abstandswarner beim Einparken. Kurzum, dem gesamten Zubehörpaket. Das Ergebnis zeigen die Bilder.

Zunächst wurde der fertiggestellte DB Sprinter bei HPR on Tour und im Weiteren allen PAST'en und in den Präsidien vorgestellt. Insgesamt 700 Kolleginnen und Kollegen haben sich das Fahrzeug angeschaut. Wir haben alle Anregungen, Kritiken und weiteren Wünsche aufgenommen. Zuletzt wurden beide Fahrzeuge bei einem Sammeltermin nochmals den Vertretern der Polizeiautobahnstationen vorgestellt.

Der HPR hat in seiner Sitzung im Januar nunmehr den Antrag gestellt, für die

Fortsetzung auf Seite 6



„Asterix“ rückseitig betrachtet. Besonders wirkungsvoll ist die Warneinrichtung auf dem Dach.



DIENSTKRAFTFAHRZEUGE

Fortsetzung von Seite 5

Beschaffung in 2008 u. a. folgende Grundsätze zu berücksichtigen:

- Standardstreifenwagen in der Ausführung als Kombi oder Van.
- Standardstreifenwagen neu für die Autobahn in der Motorausstattung V 6 TDI.
- Für alle Wagen ausziehbare Ausrüstungseinheit im Kofferraum.
- Sitzheizung und Außentemperaturmesser.
- Radio, Navi und
- Teilbeklebung der Standardwagen Einzeldienst und Vollbeklebung der Autobahnfahrzeuge (mit zusätzlichem Teleskop-LED aufsteckbar).

Des Weiteren sollen acht Fahrzeuge für je eine Autobahnstation, angelehnt an Obelix oder Asterix, zur Verfügung gestellt werden.

Für die Verkehrsdienste sollen pro Präsidium ein Fahrzeug, angelehnt an „Obelix“, aber im Innenausbau den der BAG-Fahrzeuge übernehmen.



„Obelix“ rückseitig betrachtet.

Bei Redaktionsschluss stand die Antwort unseres Innenministers noch aus. In der nächsten Ausgabe werden wir weiter berichten.

Fazit der Experimentalfahrzeuge: Es war von entscheidender Bedeutung, die Fahrzeuge zu bauen, um in Praxis festzustellen, welche Ausrüstung welches Volumen verschlingt. Dabei war insbesondere beim DB Sprinter maßgebend ein Fahrzeug zu bauen, was mit jedem normalen Führerschein der Kl. 3 betrieben werden kann. Es ist kein Problem, ein Fahrzeug mit allem denkbaren Equipment herzustellen. Aber mit der Vorgabe eines zGG von 3,5 t nicht einfach.

Die Erfahrungen mit den beiden Experimentalfahrzeugen können jetzt mit dazu beitragen, in hoffentlich neue Fahrzeuge der Serie einen großen Schritt in Sachen Optimierung voranzugehen.

Und wie dies vonstatten gegangen ist, dazu mehr in der nächsten Ausgabe.

Henning Möller
HPR-Vorsitzender

BENEFIZ-VERANSTALTUNG

Fußballturnier der BFE 38 in Mühlheim



Bild 1

Am 24. 1. 2008 fand in der neuen Sporthalle der III. BPA in Mühlheim am Main ein Fußballneujahrsturnier statt. Organisiert von der BFE 38 fanden sich am frühen Morgen zwölf Mannschaften zum sportlichen Wettstreit ein. Neben verschiedenen Mannschaften aus der eigenen Abteilung (EE 31, EE 32, EE 33) nahmen noch Mannschaften der BFE 48 aus Kassel und der BFE 58 aus Frankfurt teil.

Aufgrund verschiedener gemeinsamer Einsatzlagen, gemeinsamer Aus- und Fortbildungsmaßnahmen sowie der mehrjährigen Teilnahme am Haunecup der Bundespolizei besteht zur BF-Hundertschaft der Bundespolizei in Hünfeld eine besondere Verbundenheit, sodass

auch diese eine Auswahlmannschaft zum Turnier stellte.

Da der gesamte Erlös der Veranstaltung zugunsten der Kinder des bei einem Verkehrsunfall 2007 ums Leben gekommenen Kollegen des SEK Kassel, Markus Theiß, gespendet werden sollte, stellte natürlich auch das SEK Kassel eine Mannschaft.

Die weiteste Anfahrt hatte die Mannschaft der BFen des Landes Baden-Württemberg. Diese bestand aus Kollegen der dortigen ZATs (Zivilen Aufklärungstrupps), zu denen aus verschiedenen Einsätzen wie dem G8-Gipfel, Demolagen in Göttingen etc. ebenfalls eine besondere Freundschaft bestand.

Nach der Ankunft und Anmeldung der verschiedenen Mannschaften erfolgte um 9 Uhr in der Sporthalle die offizielle Eröffnung durch den Ausrichter der BFE 38 sowie stellvertretend für die III. BPA durch EPHK Kopf.

Anschließend wurde mit den Vorrundenspielen begonnen. Um jeder Mannschaft möglichst viele Spiele zu ermöglichen, wurde zunächst in zwei 6er-Gruppen im System jeder gegen jeden gespielt. Nach zum Teil hochdramatischen Spielen standen die Mannschaften der EE 32, der BFE 38 Team 1, des SEK Kassel und der BFE Bundespolizei Hünfeld Team 2 als Halbfinalteilnehmer fest. Im Halbfinale wurde zunächst über Kreuz gespielt.



BENEFIZ-VERANSTALTUNG

Hier konnte sich die Mannschaft der BFE Bundespolizei mit einem klaren 5:0 über die EE 32 sowie das Team 1 der BFE 38 mit einem äußerst knappen 2:1-Sieg über das SEK Kassel für das Finale qualifizieren (**Bild 1**).

Das Spiel um Platz 3 konnte dann die EE 32 mit einem 3:0 über das SEK Kassel für sich entscheiden. Im abschließenden Finale fiel die Entscheidung erst kurz vor Schluss. Nach einer heißen Torraumszene konnte das Team 1 der BFE 38 ein Tor gegen die BFE der Bundespolizei erzielen. Daraufhin setzte die Bundespolizei alles auf eine Karte, um den nötigen Ausgleich zu erzielen, was der BFE 38 die Chance zum Kontern eröffnete. Dies wurde auch sogleich ausgenutzt, was zum Endstand von 2:0 für die BFE 38 Team 1 und somit zum Gesamtturniersieg führte (**Bild 2**).



Bild 3



Bild 2

Schon während des Turniers sorgte ein Verpflegungsteam der BFE 38 mit Getränken, Würstchen sowie Kaffee und Kuchen für ordentlich Energienachschub. Dieses Angebot wurde auch nach den Spielen bei einigen interessanten Gesprächen noch ausgiebig in Anspruch genommen.

Ab 19 Uhr fand dann in den beheizten Fahrzeughallen der III. BPA die Abschlussfeier mit reichlich Essen, Getränken und natürlich der Siegerehrung statt.

Hierbei konnte der stellvertretende Abteilungsleiter PR Hesselning zusammen mit POK Stein von der BFE 38 die verschiedenen Preise an die glücklichen Platzierten überreichen.

Im Anschluss feierte man noch bis in die frühen Morgenstunden, wodurch noch einige Kontakte neu zustande kamen und andere wiederum gefestigt werden konnten.

Nicht nur im Hinblick auf das Ziel der Veranstaltung war das Turnier ein voller Erfolg. Der komplette Erlös von 1000 Euro konnte am 7. 2. 2008 den Kindern Nick und Nina Theiß des 2007 bei einem tragischen Verkehrsunfall ums Leben gekommen Kollegen Markus Theiß durch den Verantwortlichen der BFE 38, POK Stein, überreicht werden (**Bild 3**).

Alles in allem blickte man auf eine mehr als gelungene Veranstaltung zurück, die in naher Zukunft mit Sicherheit wiederholt werden sollte.

Ein Dank deshalb hier noch mal an alle Helfer und Beteiligten, von der Küche über die Abteilung bis hin zu DJ Gaudi-Gerry, die zu dem erfolgreichen Gelingen der Veranstaltung beigetragen haben.

Andreas Diehl
BeSi/Bfe 38

GRUBE MESSEL – WELTNATURERBE DER UNESCO

**Landesseniorenvorstand
lädt zur Besichtigung am 18. Juni ein**

Ein wenig Bewegung will der Landeseniorenvorstand der hessischen GdP in die Seniorenarbeit bringen. Deshalb sollen in unregelmäßigen Abständen Fahrten oder Wanderungen angeboten werden. Nachdem die Berlin-Reise im Juni mangels ausreichender Teilnehmerzahl abgesagt werden musste, steht noch eine kleine Umweltwanderung (18. Juni, 10 Uhr) durch die Grube Messel bei Darmstadt an.

Die Grube Messel entstand vor etwa 50 Millionen Jahren, nach dem Aussterben der Dinosaurier. Seit 1995 ist sie wegen der dortigen für die Wissenschaft bedeutenden Tierfunde zum Weltnaturerbe der UNESCO erklärt worden. Damit

steht sie unter einem besonderen Schutz und darf nicht „wirtschaftlich“ ausgebeutet werden. Dort sollte zum Beispiel einmal eine Mülldeponie entstehen.

Diese Grube war einst ein Maar, ein Kratersee, so wie man sie heute noch in der Eifel findet. In Messel jedoch füllte sich dieser vulkanische Krater mit Faulschlamm. In ihm wurden all die kleineren und größeren Tierchen konserviert, die aus irgendwelchen Gründen in den Krater stürzten, vom Einzeller bis zum Urpferdchen (Original im Senckenberg-Museum Frankfurt).

Bei einem etwa eineinhalbstündigen Rundgang durch die Grube Messel, bei dem festes Schuhwerk getragen werden

sollte, gibt es einen interessanten Einblick in die Entstehungsgeschichte unserer Erde. Wir werden fachkundig geführt. Ein neues Informationszentrum gibt einen Überblick über die Geschichte dieser Anlage und über die Funde. Da wir die Wanderung für 10 Uhr angesetzt haben, werden wir ein Lokal aussuchen, wo wir anschließend gemeinsam zu Mittag essen können.

Anmeldungen an:

Rolf Degenhard, Am Hirtenschild 11, 63073 Offenbach, Tel.: 069/89 36 58 oder E-Mail: rpdegenhard@googlemail.com

Das Programm erhalten die Teilnehmer nach Anmeldung, Kosten etwa 10,- .

Landesseniorenvorstand



Der Politik fachlich Paroli bieten

Henning Möller wieder Spitzenkandidat für den HPR der Polizei



Henning Möller, seit 1988 Vorsitzender des HPR der Polizei.

Henning Möller begann 1968 bei der Polizei, kam 1971 zum damaligen „Überfallkommando“ beim PP Offenbach, war von 1974 bis 1979 Mitglied des Personalrats, legte 1975 die II. Fachprüfung ab, arbeitete von 1976 bis 1978 als DGL bei der PSt Langen und von 1978 bis 1979 beim 2. Revier in Offenbach, danach leitete er das Unfallkommando und wechselte 1980 als freigestelltes Mitglied in den Hauptpersonalrat. 1988 wurde er zum Vorsitzenden gewählt, ein Amt, das er aufgrund seiner Fach- und Sachkompetenz bis heute inne hat. Er hat sich einen

Ruf erworben als neutraler und kompetenter Leiter dieses Gremiums. Henning Möller ist aktiver GdP-Gewerkschafter. Wenn er aber im HPR agiert, ist er neutraler Dritter, der das Wohl aller Beschäftigten der Polizei im Auge hat. Er engagiert sich in vielen Sachbereichen, eine nicht immer leichte Aufgabe, um der Leitung des Landespolizeipräsidiums und der Politik fachlich Paroli bieten zu können. Zum Ausspannen fährt HeMö, wie ihn seine Freunde nennen, zum Lachsangeln nach Norwegen.

gdp/nw

EHRUNGEN

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Rüdiger Bollerhei
Michael Gossmann
Kreisgruppe PAST Baunatal
Rainer Messerli
Kreisgruppe HBP Mühlheim
Günter Mihr
Christian Söder
Peter Spohr
Kreisgruppe HBP Kassel
Jürgen Noack
Kreisgruppe Main-Kinzig
Markus Ennen
Kreisgruppe Darmstadt
Martin Ahne
Werner Butt
Klaus Ehmer
Siegmond Gail
Michael Knauf
Carsten Litwa
Volker Schäfer
Frank Knublauch
Gerhard Rothenburger
Kreisgruppe Kassel
Klaus Schäfer
Ralf Müller
Katrin Lochner
Andreas Grillich
Dieter Hartmann
Marion Eppel
Thomas Tuerk
Katja Werner
Hans-Jürgen Federmann
Martin Lohnes
Michael Immel
Dirk Hüber
Kreisgruppe Wiesbaden

Michael Schwirtlich
Michael Hill
Kreisgruppe PAST Wiesbaden
Ulrich Preinl
Kreisgruppe Main-Taunus-Kreis
Stephan Reinhard
Kerstin Werth
Kreisgruppe HBP Mühlheim
Alexander Hubert
Frank Assmann
Martin Bartl
Herbert Bierwirth
Raimund Gottschling
Reinhard Merte
Hans-Werner Riehl
Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Klaus-Dieter Fritzsche
Kreisgruppe Groß-Gerau

Heinz Assmann
Gerhard Beutel
Udo Carle
Manfred Gimbel
Günter Rabenau
Karl-Heinz Stöcker
Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf

50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Gerhard Otto Wacker
Kreisgruppe HBP Mühlheim
Ingeborg Dornseiff
Werner Ludwig
Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf

60-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Fritz Kobold
Kreisgruppe Groß-Gerau
Thea Amling
Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf

ES VERSTARBEN

Elmar Kappmeyer
Kreisgruppe Hofgeismar
Paul Krüger
Kreisgruppe Dillengurg/Herb.
Herbert Frank
Kreisgruppe Gießen-Wetzlar
Lina Herget
Kreisgruppe Werra-Meissner

Karl Bretz
Nikolaus Schuler
Adolf Ulbrich
Kreisgruppe Wiesbaden
Heinrich Löber
Kreisgruppe Kassel

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

